

1 Leitantrag
2 an die 1. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE Brandenburg
3

4 **opponieren, regieren, konsolidieren, verjüngen**

5 **DIE LINKE Brandenburg und ihre Aufgaben in den kommenden Jahren**

6 Einreicher: Landesvorstand
7

8 **1. Die bundespolitische Situation und DIE LINKE**

9 Nach dem Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag mit 11,9 Prozent der Stimmen und den
10 Erfolgen bei den Landtagswahlen 2009 ist die Partei DIE LINKE nicht nur in sechs ostdeutschen,
11 sondern auch in sechs westdeutschen Landtagen vertreten.

12 DIE LINKE verändert die Außenpolitik und die Wirtschafts- und Sozialpolitik. DIE LINKE stellt
13 Forderungen die viele unterstützen. Oft können wir feststellen: DIE LINKE wirkt!

14 Die Mehrheit der Bevölkerung und die beiden christlichen Kirchen lehnen es ab, Deutschland am
15 Hindukusch zu verteidigen. Immer mehr Menschen wissen, der Krieg in Afghanistan ist nicht zu
16 gewinnen. Sie wollen wie wir, das Krieg kein Mittel der Politik und dass das Völkerrecht die
17 Grundlage der Außenpolitik ist.

18 Die linke Wirtschaftspolitik hat in der Finanzkrise eine Renaissance erlebt. Die
19 neoliberale Ideologie der Deregulierung hat die Weltwirtschaft in die Krise geführt und
20 Korrekturen, die – wenn auch nicht konsequent – dem von linken Parteien
21 befürworteten Keynesianismus folgen, haben dagegen ihren Zusammenbruch verhindert. Da aber
22 die Forderung der Linken nach einer Regulierung des Finanzsektors und der Vergesellschaftung
23 des Bankensektors nirgendwo ernsthaft in Angriff genommen wurde, wird mit dem Geld der
24 Zentralbanken nicht die Realwirtschaft gestärkt, sondern die nächste Finanzblase finanziert. In
25 bisher einmaliger Weise wurde deutlich, dass die Finanzindustrie die Politik bestimmt und nicht
26 umgekehrt. Der deregulierte Finanzkapitalismus hat die Demokratie ausgehöhlt. DIE LINKE
27 fordert daher die Regulierung der Finanzmärkte seit Jahren. Wir wollen, dass der Staat die
28 Banken kontrolliert und reguliert. Wir wollen nicht, dass die Finanzindustrie die Politik kontrolliert
29 und reguliert. Zu den Ursachen der weltweiten Finanzkrise gehört die zunehmende ungleiche
30 Verteilung der Vermögen und Einkommen. Ohne eine gerechtere Vermögensverteilung gibt es
31 keine Demokratie, weil eine ungerechte Vermögensverteilung zu undemokratischen
32 Machtstrukturen führt. Die abenteuerlichen Steuersenkungspläne der CDU/FDP-Regierung
33 werden verheerende Auswirkungen auf die Haushalte der Länder und Kommunen sowie in der
34 Arbeitsmarkt- und der Gesundheitspolitik haben. Steigende kommunale Gebühren und Abgaben
35 werden die Bürgerinnen und Bürger stärker belasten.

36 Die sozialen Sicherungssysteme müssen in staatlicher Regie bleiben. Die
37 Beitragsbemessungsgrenzen sind aufzuheben. Das Steuerrecht muss sozial sein und ökologisch
38 gerecht wirken. DIE LINKE unterstützt den Kampf der Gewerkschaften und
39 Sozialverbände für eine sofortige Anhebung der Regelsätze für Hartz IV-
40 Empfängerinnen und -Empfänger. Wir fordern für diese Wahlperiode die Anhebung auf
41 500 Euro. Es muss ein existenzsichernder, flächendeckender, gesetzlicher
42 Mindestlohn eingeführt werden, der im Verlauf der Wahlperiode auf zehn Euro erhöht wird. Für
43 Kinder und Jugendliche ist eine eigenständige Bedarfsermittlung vorzunehmen und eine

ÄA 2.1
...

ÄA 1
Übernahme

44 bedarfsdeckende Kindermindestsicherung zu schaffen. Die anderen Parteien überarbeiten Hartz
45 IV, weil wir sie dazu zwingen. Für den gesetzlichen Mindestlohn werben neben der Partei DIE
46 LINKE und den Gewerkschaften jetzt auch SPD und Grüne. Dass die jetzige Rentenformel nicht
47 zu halten ist, wird immer deutlicher. Die Einführung der kapital gedeckten Rente erweist sich als
48 eine historische Fehlentscheidung. Mit den Rentenreformen ist millionenfache Altersarmut
49 programmiert. Die Sozialpolitiker der anderen Parteien rücken zumindest verbal von ihren
50 bisherigen Beschlüssen ab.

51 DIE LINKE tritt für das Primat demokratischer Politik gegenüber der Wirtschaft sowie
52 für einen sozialen und ökologischen Wandel ein. Alternative Wirtschaftspolitik zielt auf
53 ein starkes Gewicht sozialstaatlicher Politik gegen deren Unterordnung unter
54 Marktzwänge. Gewinnorientiertes unternehmerisches Handeln ist wichtig für Innovation und
55 betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit, führt jedoch zur Zerstörung unserer
56 Lebensgrundlagen, zunehmender sozialer Ungleichheit und Spaltung, wenn es nicht
57 gesellschaftlichen Schranken und Regeln unterworfen wird. Die Verteidigung der Demokratie und
58 die Sicherung der politischen Grundrechte für alle Menschen ist eine unverzichtbare Grundlage
59 für linke Politik.

ÄA 2.2 Übernahme

60 Unsere Wahlerfolge verdanken wir diesen - in den letzten Jahren gemeinsam erarbeiteten und
61 vertretenen - Forderungen. DIE LINKE ist für ihre Anhängerinnen und Anhänger die Partei des
62 Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen und wirtschaftlichen Vernunft. Sie
63 stimmt im Bundestag gegen Kriegseinsätze. Sie wendet sich gegen Sozialabbau, tritt in
64 Regierungen dafür ein, öffentliche Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger nicht durch
65 Personalabbau zu verschlechtern, Kürzungen sozialer Leistungen nach Kräften zu verhindern und
66 ist gegen die Privatisierung von Einrichtungen der Daseinsfürsorge. Sie streitet für den Ausbau
67 dezentral erzeugter und genutzter erneuerbarer Energien. Sie will den sofortigen Ausstieg aus der
68 Atomenergie sowie den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung.

69 Mit diesen Forderungen waren wir bei den Bundestagswahlen und in Landtagswahlen erkenn-
70 und unterscheidbar. Ohne den auf dem Berliner Bundesparteitag hart erstrittenen und von allen
71 Teilen der Partei mitgetragenen Konsens, wäre dies nicht möglich gewesen. Kern dieses Konsens
72 war es, die in großer Zahl vorhandenen Gemeinsamkeiten aller Mitglieder der Partei deutlich vor
73 die Differenzen zu stellen, den Meinungspluralismus als positive Entwicklungsbedingung für eine
74 moderne Linke zu verstehen und auf eine vorsätzliche Personifizierung inhaltlicher Konflikte zu
75 verzichten. Nur so wird die Klärung und zugleich die in einer pluralistischen Partei unverzichtbare
76 Koexistenz der Unterschiede in den Auffassungen möglich, ohne das Projekt einer neuen
77 demokratischen Linken existenziell zu gefährden.

78

79 **Die Programmdebatte umgehend beginnen**

80 Vor gut zwanzig Jahren, im Herbst 1989, wurde die Alleinherrschaft der SED durch friedliche
81 Proteste beendet. Die DDR stand kurz vor ihrem wirtschaftlichen und politischen
82 Zusammenbruch. Die SED/PDS wurde zur Erneuerung gezwungen und brach mit dem
83 Stalinismus als System.

84 Veränderung beginnt mit Opposition, dieses Motto war prägend für die Politik der PDS in den
85 1990er Jahren. Aber Veränderung endet nicht mit Opposition und so opponierte, diskutierte und
86 auch regierte eine zunehmend erfolgreiche PDS. Im Jahr 2003, nach einer schmerzhaften
87 Wahlniederlage, beschloss sie auf einem Bundesparteitag in Chemnitz ein Parteiprogramm, in

88 dem der demokratische Sozialismus als Ziel, Bewegung und Wertesystem verankert wurde.

89 Die WASG entwickelte in ihrer jungen Geschichte ein Gründungsprogramm einer
90 Protestbewegung mit gewerkschaftlicher Prägung. Es sollten möglichst viele Menschen
91 angesprochen werden, ohne ideologische oder weltanschauliche Hürden aufzubauen.

92 Bei der Vereinigung beider Parteien zur Partei DIE LINKE konnte man sich zügig auf
93 programmatische Eckpunkte verständigen, die das Parteiprogramm der neuen Partei sind und die
94 - einmalig in der deutschen Parteienlandschaft - ehrlich bekannten, welche offenen Fragen einer
95 Diskussion harren. Diese Eckpunkte enthielten in Verbindung mit den Wahlprogrammen
96 ausreichend Anhaltspunkte für eine inhaltliche Profilierung der LINKEN in den politischen
97 Auseinandersetzungen der vergangenen zwei Jahre. Damit war auch die Basis für die
98 erfolgreichen Wahlkämpfe gelegt.

99 Das ein von allen anerkanntes Programm wichtig ist für die Identität einer Partei, für die
100 Bindungskraft bei ihren Mitgliedern haben die Konflikte und Debatten der letzten Wochen
101 nachhaltig unter Beweis gestellt. Beides, die Werteorientierung nach innen und die Profilierung
102 nach außen, ist von hoher Bedeutung für DIE LINKE.

103 Es ist nicht ausreichend, aus den Wahlprogrammen für die Bundestagswahl und die Europawahl
104 ein Parteiprogramm herzuleiten.

105 Was ist das langfristige Ziel der LINKEN? Was ist ihre Werteorientierung und welches
106 Politikverständnis liegt dem politischen Handeln zur Durchsetzung eigener Ziele zugrunde?
107 Welchen Nutzwert kann diese LINKE in den nächsten zwanzig Jahren darstellen? Eine
108 programmatische Klärung dieser Fragen erwarten die Mitglieder unserer Partei und erwartet
109 auch eine interessierte Öffentlichkeit. Diesen Erwartungen muss nun entsprochen werden.

110 Wir wollen, dass der neu zu wählende Parteivorstand erkennbar die Führung der
111 Programmdebatte übernimmt. Die Programmkommission muss transparenter als bisher arbeiten,
112 den Stand der gesellschaftlichen, linken und internationalen Debatte darstellen, die derzeitige
113 Positionierung der LINKEN sichtbar machen und kontroverse Standpunkte einschließlich ihrer
114 Begründung erläutern. Vor allem ist es wichtig, in Form öffentlicher Tagungen die Basis der Partei
115 an der Entwicklung der Programmatik und an der Diskussion offener Fragen in einem
116 demokratischen Prozess zu beteiligen. Durch diesen Weg soll eine längere, tiefgründige und
117 breite Parteidebatte, eine Berücksichtigung der gesellschaftlichen Diskurse sowie eine möglichst
118 transparente Streitform ermöglicht werden. Das heißt auch, dass Dissense nicht zu früh
119 durch Kompromisse in Kommissionen verdeckt werden.

120 Darüber hinaus wollen wir unser Wissen aus der politischen Praxis in den Landesverbänden in
121 Ost, West, Nord und Süd, in den früheren PDS- und WASG-Gliederungen, in der
122 parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit, in der Opposition und den Regierungen
123 sowie aus der kommunalpolitischen Verankerung in die programmatische Debatte einbringen.
124 Wir finden: Weder sollte ein Grundsatzprogramm an Regierungsnotwendigkeiten
125 angepasst werden, noch darf es die Regierungsarbeit als politische Handlungsoption
126 ausschließen. Dazu ist es notwendig, die Ebenen und die unterschiedlichen Reichweiten
127 der verschiedenen Dokumente auseinander zu halten.

128 Für uns ist der Begriff des demokratischen Sozialismus von zentraler Bedeutung. Er ist
129 für die Identität der Mitglieder und das Profil der LINKEN bei Wählerinnen und Wählern

ÄA 2.6
...

ÄA 2.7
...

130 und in der breiteren Öffentlichkeit unverzichtbar. Er macht unsere Partei deutlich unterscheidbar
131 zu anderen und ist auch eine Antwort auf manche Parteivereinigungsphantasien. Dabei sollten
132 die mittelfristig erreichbaren Wege und Ziele im Zentrum stehen. Wir wollen einen Prozess
133 umfassender Demokratisierung hin zu einer Gesellschaft, in der nicht mehr der Profit dominiert,
134 sondern die freie Entwicklung aller gesichert ist. Dogmatische Einengungen müssen vermieden
135 werden. Das verlangt auch eine klare Schlussfolgerungen aus dem „Realsozialismus“ der
136 Vergangenheit.

137 Damit sind wir für alle Menschen offen, die, unabhängig von ihrer Herkunft und Lebenslage,
138 unsere demokratisch-sozialistische Ziel-, Weg- und Werteorientierungen und -vorstellungen
139 teilen.

140 Es geht um Gesellschafts- und Menschenbilder für linke Politik. Und es geht um ein schlüssiges
141 Konzept, das der gegenwärtigen Gesellschaftsentwicklung entgegengesetzt werden kann.
142 Ausgangspunkt unserer Programmatik sind die gegenwärtige gesellschaftliche Situation und die
143 damit verbundenen Nöte und Sorgen der Menschen. Im Zentrum sollte der notwendige sozial-
144 ökologische Umbau der Gesellschaft stehen.

145 Dass linke Politik nicht an den Grenzen von Nationalstaaten halt macht, sollte auch in der
146 Programmdiskussion deutlich werden. Wir wollen, dass das proeuropäische Bekenntnis
147 unserer Partei mit Inhalten gefüllt wird. Gerade weil wir Kritik an der Europäischen
148 Union haben, wie sie jetzt ist, ziehen wir uns nicht auf die nationale Ebene zurück,
149 sondern wollen die EU demokratischer, friedlicher und sozialer gestalten. Dem Vertrag
150 von Lissabon, den wir weiterhin ablehnen, stellen wir daher unsere eigenen Konzepte
151 entgegen. Nutzen wir alle Handlungsmöglichkeiten und verändern wir Europa!

ÄA 2.8 Übernahme

ÄA 2.9 Übernahme

152 Schließlich muss mit Blick auf die Globalisierungsprozesse diese Sicht auch international
153 erweitert werden. Sozialistische Programmatik setzt auf eine friedliche, das Völkerrecht achtende
154 Außenpolitik, die vorhandene internationale Institutionen und Organisationen nicht negiert,
155 sondern demokratisieren will und sich vor der Frage, wie und mit wem das gelingt, nicht drückt.

156 Diese Punkte werden Kernthemen eines neuen Programms für unsere Partei sein. Der
157 Brandenburger Landesverband wird sich in die Diskussion darum intensiv einbringen. Nicht nur
158 unsere Wahlerfolge bestätigen uns in dem Anspruch, uns auch zukünftig in den bundesweiten
159 programmatischen und strategischen Debatten der Partei zu Wort zu melden. Wir wissen:
160 Beständiger Erfolg auf allen Ebenen gelingt nur mit einem abgestimmten Handeln in Kommune,
161 Land und Bund. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung. Dabei ist der Blick auf die aktuellen
162 Gegebenheiten und Problemlagen ebenso von Bedeutung wie unsere langfristigen
163 gesellschaftspolitischen Zielstellungen. Die Menschen erwarten zu Recht von uns Antworten auf
164 die Herausforderungen von heute und Klarheit über unsere Vorstellungen für morgen.

165

166 **In den Jahren 2010/11 stehen wichtige Wahlkämpfe an.**

167 Nach unseren Erfolgen im vergangenen Jahr müssen wir uns jetzt auf die Landtagswahl in
168 Nordrhein-Westfalen konzentrieren. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung steht ein
169 zentrales Thema unserer Bundestagswahlkampagne: Wer bezahlt die Folgen der Finanzkrise?
170 CDU und FDP wollen die Wählerinnen und Wähler betrügen, indem sie die sozialen Kürzungen,
171 die sie vorbereitet haben, vor dieser entscheidenden Wahl verschweigen. Es ist unsere Aufgabe,

172 dieses Spiel zu durchkreuzen. Der Einzug der LINKEN auch in den nordrhein-westfälischen
173 Landtag würde dazu führen, dass die Lasten der Finanzkrise gerechter verteilt werden. Mit den
174 Landtagswahlen in den Jahren 2010/2011 in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und
175 Berlin werden wir auch im Osten dazu beitragen. Bei den Wahlen in Baden-Württemberg,
176 Rheinland-Pfalz und Bremen werden wir für eine stärkere parlamentarische Vernakerung der
177 LINKEN im Westen kämpfen. Dafür lohnt es sich zu streiten. Mit außerparlamentarischen
178 Kampagnen gegen den Afghanistankrieg, die Gesundheitsreform und die anhaltende
179 Umverteilung von unten nach oben werden wir das in den kommenden Monaten unterstützen.
180 Die Bundestagswahl und die Landtagswahlen in Ost und West haben bewiesen, DIE LINKE wird
181 gebraucht und von Millionen Bürgerinnen und Bürgern gewählt und gewollt. Um ihre Zukunft
182 müssen wir uns nicht fürchten, wenn wir es verstehen, diesen Willen und die Interessen unserer
183 Wählerinnen und Wähler ins Zentrum unserer Anstrengungen zu stellen.

184

185 **2. Die Situation in der Partei**

186 Mit der Bundestagswahl ist deutlich geworden, dass nach dem Scheitern des
187 parteikommunistischen Organisations- und Gesellschaftsverständnis auch die bisherige
188 zentralistische Parteipraxis der SPD am Ende ist und keine Zukunftsoption für eine neue
189 moderne, demokratische, linke Partei darstellt. Die Basta-Demokratie, der antidemokratische
190 Autoritarismus von Schröder und Müntefering hat maßgeblich mit zum jetzigen Zustand der SPD
191 beigetragen. DIE LINKE muss sich also ihr neues Organisationsverständnis jenseits der
192 gescheiterten Modelle suchen. Dabei steht sie erst am Beginn der Erarbeitung eines
193 entsprechenden Selbstverständnisses. Zentrale Elemente sollten dabei die Sicherung und die
194 Erweiterung der innerparteilichen Demokratie, die Stärkung der Mitwirkungsrechte der Mitglieder
195 sowie die Gewährleistung von Transparenz bei der innerparteiliche Entscheidungsfindung sein.

196 Die Wochen vor unserem Landesparteitag waren von einer Führungskrise auf der Bundesebene
197 gekennzeichnet. Der Parteiführung und den Akteurinnen und Akteuren in der Partei muss es in
198 den kommenden Wochen bei der Vorbereitung des Bundesparteitages und in dessen Ergebnis
199 wieder gelingen, länder- und flügelübergreifend in der politischen Arbeit an dem auf dem Berliner
200 Bundesparteitag erzielten Konsens anzuknüpfen. Die Spitzen der Partei, die Mitglieder des
201 Bundesvorstandes, des Bundesausschusses und die Bundesparteitagsdelegierten tragen eine
202 besondere Verantwortung dafür, dass dieser Konsens dauerhaft trägt, er über alle Konflikte
203 hinweg immer wieder neu hergestellt wird und dafür, dass die Partei als Ganzes den
204 Versuchungen, den Sieg der einen Position über die andere zu organisieren, widersteht. Jeder der
205 einen solchen „Sieg“ in welcher Form auch immer anstrebt, kämpft zugleich für eine erneute
206 historische Niederlage der deutschen Linken. Der brandenburgische Landesverband wird sich
207 solchen Tendenzen energisch widersetzen.

208 Die Partei muss die Konflikte der vergangenen Monate in einer Weise aufarbeiten, die ihre
209 Strukturen und ihr Selbstverständnis nicht beschädigt sondern in positiver Weise weiter
210 entwickelt. Dafür ist es notwendig, sich auf bestimmte Grundsätze zu besinnen:

211 1. In der Partei muss nach Regeln gearbeitet werden – nach satzungsrechtlichen Regeln,
212 arbeitsrechtlichen Regeln und den Regeln des solidarischen Umgangs miteinander.

213 2. Inhaltliche Konflikte in der Partei müssen politisch ausgetragen und von den zuständigen
214 Gremien entschieden werden, im Wesentlichen von den für die Klärung zuständigen Parteitag

215 der jeweiligen Ebenen. Inhaltliche Auseinandersetzungen dürfen nicht durch personalpolitische
216 Entscheidungen ersetzt werden.

217 3. Dass Positionen von der Partei durch Wahl besetzt werden, darf keine Formsache sein. Dieses
218 Recht der Partei, verkörpert im Recht des Parteitags, darf nicht geschwächt werden. Das gilt
219 gerade auch dann, wenn sich in den Personalentscheidungen der Partei inhaltliche Differenzen
220 ausdrücken.

221 4. Auseinandersetzungen sollten nicht als West-Ost-Konflikt inszeniert werden, sonst droht ein
222 massiver Rückschlag für das Zusammenwachsen der Partei. Die Kritik an der
223 Koalitionsvereinbarung von Brandenburg aus den Landesverbänden West, wie die Kritik aus
224 Ostlandesverbänden am Wahlprogramm von NRW spiegelt auch die unterschiedliche gesamt-
225 politische Situation, in der sich die Partei in ihren verschiedenen Landesverbänden befindet,
226 wieder. Die gesellschaftliche Realität im Osten ist in zentralen Handlungsfeldern eine
227 andere als in Teilen des Westens. Das lässt sich im Interesse gemeinsamen Handelns
228 weder durch „rote Linien“ noch durch die Rückkehr zu zentralistischen
229 Politikvorstellungen klären. Notwendig ist die gleichberechtigte und demokratische Organisation
230 von Vereinigungs- und Verständigungsprozessen. Das Inszenieren von Entscheidungsschlachten
231 auf machtpolitischer Ebene kann solche Prozesse dagegen nur blockieren.

ÄA 2.10 neu ...

232

233 **3. Die Aufgaben im Landesverband**

234 Die Situation im Landesverband ist durch eine große Dichte von unterschiedlichen
235 Herausforderungen und Problemen gekennzeichnet.

236 Die Bewältigung von sechs unterschiedlichen Wahlkämpfen in nur 18 Monaten hat in einem sehr
237 geringen Maße Zeit für innerparteiliche Verständigungsprozesse gelassen und forderte die Kräfte
238 des Landesverbandes und auch der Leitungen in fast nicht zu bewältigender Weise. Hinzu kamen
239 Findungsprozesse der noch sehr jungen LINKEN. Daraus resultieren eine hohe politische
240 Verunsicherung der Akteure und Multiplikatoren auf allen Ebenen in der Partei sowie vielfältige
241 innerparteiliche Auseinandersetzungen um den politischen Kurs und die strategische
242 Ausrichtung. In Brandenburg koppelten sich diese Probleme mit den bei Listenaufstellungen
243 immer vorhandenen personellen Auseinandersetzungen und spitzten diese zusätzlich zu.

244 Zugleich ist diese Partei eine neue geworden.

245 Die neu installierten Gremien erfüllen die ihnen im Statut übertragenen Aufgaben noch nicht
246 optimal. Die innerparteiliche Willensbildung ist dadurch an vielen Stellen und in unterschiedlicher
247 Weise unterbrochen. Vorstände, Ausschüsse und Fraktionen bilden oft nur zu kleine Ausschnitte
248 der real existierenden Meinungen ab und entscheiden daher mitunter ohne ausreichende
249 Kenntnis der Interessenlagen und Meinungsvielfalt, nicht nur der Mitglieder der Partei sondern
250 auch der Wählerinnen und Wähler. Andererseits fällt es immer mehr Mitgliedern auch schwer,
251 sich in gewohnter Weise intensiv in die vielfältigen Diskussionsprozesse und schnellen wie
252 komplexen Informationsabläufe einzubringen.

253 Auch die Mitgliedschaft der LINKEN hat sich enorm verändert. Die Nachwendegeneration der
254 lange Zeit die PDS prägenden Mitglieder verlässt nach und nach die politische Bühne, eine neue
255 Generation betritt sie, die zum Teil völlig neu in die Politik kommt mit teilweise völlig anderen
256 kulturellen und sozialen Prägungen und mitunter keinerlei praktischen politischen Erfahrungen.

257 Ein großer Teil dieser neuen Genossinnen und Genossen ist sehr jung, woraus auch Dissonanzen
258 zu dem älter werdenden Teil der PDS-Mitglieder und mitunter zum bisherigen Parteiaktiv
259 entstehen. Ehemalige Mitglieder der WASG fühlen sich oft in der neuen LINKEN noch zu wenig
260 willkommen oder hatten sich eine größere, auch persönliche Akzeptanz in ihren Gliederungen
261 erhofft. Hinzu kommt, dass zu wenige Mitglieder bisher bereit sind, die Interessenlagen anderer
262 politischer Handlungsebenen als wichtig für die eigene Meinungsbildung oder das eigene
263 Handeln zu betrachten. Interessen der Kreis-, Landes- oder auch Bundesebene werden zu selten
264 in ihrem Zusammenhang gesehen und respektiert. Mitdenken der jeweils anderen Ebene ist
265 angesichts unserer neuen Position im Land jedoch umso wichtiger.

266 Unsere neue Rolle als Regierungspartei in Brandenburg stellt an jeden von uns völlig neue
267 Anforderungen. Bevor wir den neuen Erwartungen von Bürgerinnen und Bürgern an uns gerecht
268 werden können, müssen wir selbst diese kulturelle Herausforderung nach 20 Jahren Opposition
269 meistern.

270 **Wir wollen uns diesen Herausforderungen mit einem Projekt 2020 stellen.**

271

272 **Der Erhalt der LINKEN als Mitgliederpartei**

273 Neue Mitglieder, allein über 650 seit Gründung der Brandenburger LINKEN, aber auch der
274 gleichzeitig noch immer hohe Altersdurchschnitt unserer Partei sind ein wichtiger
275 Ausgangspunkt, Strukturen immer wieder auf den Prüfstand zu stellen und die Mitarbeit und
276 Entscheidungsfähigkeit der Genossinnen und Genossen zu fördern. Nach wie vor hat DIE LINKE
277 Brandenburg nicht etwa zu viele alte Mitglieder, sondern zu wenig junge. Von den 9.127
278 Mitgliedern zum Jahresende 2008 waren gerade 3 % unter 30 Jahren und auch nur weitere 3 %
279 unter 40 Jahren. 52 % unserer Mitglieder waren zu diesem Zeitpunkt bereits älter als 70 Jahre.
280 Obwohl diese Tatsache uns bereits einige Jahre begleitet und die Anstrengungen zur
281 Mitgliederwerbung in dieser Zeit zugenommen haben, hat sich an diesem Zustand nichts
282 Grundlegendes geändert. Es ist jedoch auch keine weitere Verschlechterung eingetreten. Der
283 Altersdurchschnitt liegt weiterhin bei 66,8 Jahren.

284 Zugleich stehen wir vor der Aufgabe eine organisatorische Neuaufstellung der Partei einzuleiten.

285 Wir brauchen ein Mitgliederprojekt 2020 für den Landesverband Brandenburg. Dabei kommt es
286 immer wieder darauf an, nicht nur thematisch an den Problemen der Menschen dran zu sein,
287 sondern sie auch in der Art und Weise, wie wir sie ansprechen, mitzunehmen. Vielfalt der
288 Perspektiven, Lebenserfahrungen und kulturellen Zugänge zu fördern und zu nutzen,
289 Gemeinsamkeiten durch Debatten zu erringen und gemeinsam für politische Ziele zu streiten –
290 das soll ein Markenzeichen unserer Partei sein. Wir wollen neuen wie „alten“ Mitgliedern eine
291 Heimat und politische Entfaltungsmöglichkeiten bieten.

292 Dies wird nicht von selbst kommen. In den nächsten drei Jahren hat DIE LINKE. Brandenburg
293 voraussichtlich keine Wahlkämpfe als Landesverband zu bestreiten. Daher sollten wir diese Zeit
294 für eine Mitgliederkampagne nutzen. Ziel sollte es sein, als Landesverband in den
295 nächsten drei Jahren eine Vielzahl neuer Mitglieder zu gewinnen. Diese personelle
296 Stärkung des Landesverbands kann letztendlich nur durch eine glaubhafte und an den
297 Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Politik geschehen. Die konkreten Zielsetzungen
298 sollten in den kommenden Monaten mit und in den Kreisverbänden sowie vor allem auch mit

ÄA 3.1 ...

299 dem Jugendverband diskutiert werden. Zu dieser Diskussion gehört auch eine Debatte, ob und
300 wie die im Landesverband vorhandenen finanziellen Rücklagen zum Teil mit für diese Kampagne
301 genutzt werden können. Diese Debatte sollte bis zur 2. Tagung des 2. Landesparteitages zu
302 einem Ergebnis geführt werden.

303

304 **Eine neue Etappe in der Parteireform**

305 Wir wollen dem Thema Kommunikation künftig Priorität einräumen. Kommunikations- und
306 Informationswege im Landesverband müssen effizienter werden. Es liegt in der Verantwortung
307 des Landesvorstandes und der Kreisvorstände, geeignete vernetzte Informationsstrukturen
308 weiter zu entwickeln. Dazu gehört neben einem sinnvollen System von Beratungen und
309 Konferenzen der deutliche Ausbau eines sicheren Netzes elektronischer und verbaler
310 Kommunikation. Die Kreisverbände bestimmen aber selbst, wie schnell und wie gut wichtige
311 Informationen und Debatten kommuniziert werden.

312 Wir wollen Schlussfolgerungen aus dem Verfahren zur Koalitionsbildung ziehen. So wollen wir
313 eine innerparteiliche Diskussionskultur fördern, die sachliche Kritik ermöglicht. Sie soll von
314 gegenseitigem Vertrauen und Respekt getragen sein. Zugleich wollen wir an die guten
315 Erfahrungen mit den Regionalkonferenzen anknüpfen.

316 Gleichzeitig wollen wir Anstrengungen unternehmen, die Arbeitsfähigkeit der Parteigliederungen
317 auch in Zukunft zu erhalten. Das wird auch weiterhin zum größten Teil nur ehrenamtlich gehen.
318 Politische Arbeit darf aber nicht zu physischer Überlastung führen. Wir wollen auf eine enge
319 Verknüpfung unserer Arbeit mit der der Abgeordneten setzen. Wir wollen uns auf Landesebene
320 strukturell neu sortieren und fordern die Kreisverbände auf, ihre Strukturen ebenfalls modernen
321 Anforderungen anzupassen. Dazu gehört eine Analyse der Arbeitsfähigkeit in allen Kreisverbänden
322 und eine Auswertung der Erfahrungen des neu gegründeten Kreisverbandes Lausitz.

323 Dabei wollen wir auch über die Regionalisierung unserer Arbeit nachdenken. Ziel ist es, die
324 Aktions- und Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes zu sichern. Sinkende hauptamtliche
325 Ressourcen müssen durch ehrenamtliche Aktivitäten in den Kreisverbänden kompensiert
326 werden. Dazu wollen wir das Ehrenamt stärken und unterstützen.

327 Wichtig ist dabei ein effizientes Zusammenwirken haupt- und ehrenamtlicher Strukturen. In
328 vielfacher Form wird Parteiarbeit bereits durch viele GenossInnen in den Kreisen ehrenamtlich
329 geleistet. Ohne sie wäre unser Landesverband nicht arbeitsfähig und dies verdient unsere
330 uneingeschränkte Anerkennung.

331

332 **Die Programmdebatte mit ganzer Kraft führen. Politische Bildung stärken.**

333 Der Landesverband wird sich mit all seinen Erfahrungen in die bundesweite Programmdebatte
334 einbringen. Ziel ist es, inhaltliche Konflikte produktiv zu machen. Diskussionen verstehen wir
335 nicht als Konflikt, sondern als Teil einer inhaltlichen Profilschärfung und gemeinsamer Aneignung.
336 Wir rufen alle Mitglieder zur aktiven Teilnahme an dieser Debatte auf.

337 Wir wollen die Programmdebatte mit politischer Bildungsarbeit verknüpfen. Dabei sollen
338 vielfältige und zeitgemäße Formen politischen Lernens zur Anwendung kommen und die
339 unterschiedlichen neuen Wege individuellen und gemeinsamen Lernens Berücksichtigung finden.

340 Wir wollen damit so viele Mitglieder wie möglich erreichen und in die Diskussions- und
341 Lernprozesse einbeziehen. Wir wollen, dass Programmdebatte und politische Bildung feste und
342 selbstverständliche Bestandteile unserer politischen Praxis werden.

343 Gerade die Programmdebatte bietet begleitend die Möglichkeit, zu einzelnen
344 Positionen unserer Partei Informations- und Bildungsveranstaltungen anzubieten. Die
345 politische Bildungsarbeit ist ein wichtiges Standbein unseres Landesverbands, da sie
346 unsere Mitgliedern sowohl in Wahlkämpfen als auch in der alltäglichen politischen Praxis
347 ermöglicht, linke Standpunkte inhaltlich zu vertreten und politisch durchzusetzen.

ÄA 3.2 Übernahme

348

349 **Die innerparteiliche Demokratie stärken.**

350 Eine Partei und ihre Politik lebt von der Mitarbeit und dem Engagement ihrer Mitglieder.
351 Innerparteiliche Diskussionen sind nötig und wichtig. Wir wollen deshalb die dafür vorgesehenen
352 Gremien (Vorstände, Landesausschuss, Kleiner Parteitag) weiter stärken und der Gremienarbeit
353 das nötige Gewicht im Landesverband einräumen. Ziel ist es, die Mitgliedschaft in die Lage zu
354 versetzen, die Politik des Landesverbandes – wie z. B. die Regierungsarbeit – nicht nur
355 nachzuvollziehen, sondern ihr auch eine aktive Mitwirkung zu ermöglichen. Die bisher erprobten
356 Schritte um mehr Mitsprache bei der Beschlussfassung im Landesvorstand zu ermöglichen,
357 müssen konsequent ausgebaut werden. Der Landesvorstand unterstützt und stärkt die Tätigkeit
358 der landesweiten Zusammenschlüsse, organisiert gemeinsame Beratungen und berücksichtigt
359 die Arbeitsergebnisse und -materialien der Arbeitsgemeinschaften. Wichtige Beschlüsse sollen
360 noch mehr als bisher in mehreren Lesungen im Landesvorstand und im Landesausschuss
361 beraten werden. Der Landesausschuss soll seine Funktion als Kontrollgremium gegenüber dem
362 Landesvorstand stärker wahrnehmen. Auch Landesparteitage sollen stärker für die
363 innerparteiliche Debatte genutzt werden. Unser Ziel ist es, über den Landesparteitag, den
364 Landesvorstand, den Landesausschuss und die Kreisvorstände einen innerparteilichen Meinungs-
365 und Willensbildungsprozess zu organisieren, der Transparenz sicherstellt und Verbindlichkeit
366 schafft. Die Delegierten und Mitglieder dieser Gremien müssen sich mehr als nur als Vertreter
367 ihrer jeweiligen Region verstehen. Wir wollen ein stärkeres Bewusstsein dafür schaffen, welche
368 Belange im Landesmaßstab bei politischen Entscheidungen zu beachten sind.

369

370 **Der Jugendverband - die nahe Zukunft der Partei.**

371 Zu einer Verjüngung der Partei gibt es keine Alternative. Dazu soll nicht nur das Mitgliederprojekt
372 beitragen, sondern auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Jugendverband. Wir wollen
373 den Jugendverband stärker in die Arbeit der Partei einbinden. Davon soll nicht nur die Partei als
374 Ganzes, sondern auch junge Mitglieder im Einzelnen profitieren können. Wir wollen dem
375 Jugendverband zugleich den nötigen Freiraum schaffen, Politik nach ihren Vorstellungen zu
376 gestalten. Perspektivisch wollen wir so den nächsten Generationswechsel im Landesverband
377 grundlegend vorbereiten.

378